

Brauereileistungen (wie z. B. Kostenzuschuss auf Hektoliter-Basis oder Vergütungsdarlehen) nicht berücksichtigt.

Für nach dieser Bestimmung ausgeglichene Mengen Bier kann die Brauerei keinen Schadensersatz wegen Vertragsverstoßes (z. B. Fremdbezug, Einstellung des Bierbezuges) geltend machen.

6.2 Wahlweise ist Paulaner berechtigt, bei Unterschreitung von mehr als dreißig Prozent der jährlichen Mindestbezugsmenge die gegenständliche Liefer- und Abnahmevereinbarung mit einer Frist von drei Monaten zum Monatsende außerordentlich zu kündigen (siehe Par. 7).

6.3 **Mehrbezug**

Bezieht der Vertragspartner mehr als die vereinbarte Gesamtmindestbezugsmenge gemäß Par. 2., hat er für jeden darüber hinaus bezogenen und bezahlten Hektoliter Bier Anspruch auf einen Leistungsausgleich in Höhe von € 15,00. Die Abrechnung erfolgt ggf. zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit.

**Par. 7 KÜNDIGUNG**

7.1 Eine ordentliche Kündigung dieser Liefer- und Abnahmevereinbarung ist vor Ablauf der in Ziff. 2.1 festgelegten Bezugsdauer ausgeschlossen. Im Übrigen hat eine Kündigung dieses Vertrages die Rechtswirkung, daß mit Wirksamwerden der Kündigung die Bierlieferungspflicht von Paulaner und die Bierbezugsspflicht des Partners enden. Paulaner ist in diesem Falle zur Rückforderung aller erbrachten Leistungen berechtigt, kann also wahlweise beigestelltes Inventar unter Anrechnung einer angemessenen Benutzungsentschädigung zurückverlangen oder dem Partner belassen und zum Neuwert fakturieren.

Darüber hinaus ist Paulaner im Falle einer Kündigung nach Ziffer 6.2 und 7.2 berechtigt, eine Umsatzentschädigung in Höhe von 25% des Brauereiabgabepreises für Faß- und Flaschenbier für jeden auf die gesamte Mindestabnahmemenge fehlenden Hektoliter sofort einzufordern.

7.2 Zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages ist Paulaner berechtigt, wenn der Partner Bestimmungen dieses Vertrages schwerwiegend verletzt, insbesondere,

7.2.1 wenn der Partner sich mit Zahlungen von Verbindlichkeiten aus der Geschäftsverbindung trotz schriftlicher Mahnung mehr als zwei Monate in Verzug befindet,

7.2.2 wenn im Vertragsobjekt eine Pfändungshandlung vorgenommen, oder dessen Zwangsverwaltung oder Zwangsverpachtung beantragt wird (und der Partner eine solche Maßnahme nicht spätestens binnen vierzehn Tagen zur Einstellung bringt), gegen den Partner ein Konkurs- oder gerichtliches Ausgleichsverfahren eröffnet wird, oder die Vermögenslage des Partners sich in sonstiger Weise wesentlich verschlechtert,

7.2.3 wenn die Gewerbekonzession des Partners erlischt, der Betrieb des Vertragsobjektes aufgehoben oder während eines drei Monate übersteigenden Zeitraumes eingestellt wird, oder der Partner aus irgendeinem Grunde als Betreiber des Vertragsobjektes ausscheiden sollte,

7.2.4 wenn der Partner die in Par. 2 dieses Vertrages definierte Bierbezugsverpflichtung nicht einhält, oder im Ausmaß des Par. 6.2 unterschreitet.